



Bildungszeitung

Thema: Kommunisten und Gewerkschaften

Einleitung

Vor wenigen Monaten wurde der Streik für die 35 Stunden Woche in Ostdeutschland vom Gewerkschaftsvorsitzenden Klaus Zwickel im Alleingang abgeblasen. Danach entbrannte in der IG Metall angeblich ein Streit um die Führung zwischen dem Traditionalisten Jürgen Peters und dem Reformler Huber. In den Medien fand und findet die ganze Auseinandersetzung entsprechende Resonanz. Denn schon seit Monaten tönt es von der Springer Presse bis hin zum Spiegel: DGB gleich Deutschlands Größter Bremser.

Was macht denn nun die Gewerkschaft eigentlich böses, dass sie von allen Seiten so angegriffen wird? Der von den Gewerkschaftsbossen großmüdig angekündigte

Kampf gegen den Sozialraub der Bundesregierung kann die Presse ja nun nicht gerade zu diesem Angriff ermuntert haben. Viel ist ja noch nicht passiert. Und die Tarifabschlüsse der letzten Zeit haben sich zwar etwas verschärft und es ist zu

einzelnen Streiks gekommen, dennoch sind die Unternehmen noch ziemlich billig bei weg gekommen.

Es muss also einen anderen Grund geben. Genau um diesen Grund geht es in dieser Bildungszeitung. Die Gewerkschaften sind die Organisation im Klassenkampf in der sich die Arbeiterklasse zusammen schließt um die mörderische Konkurrenz zwischen den Anbietern der Ware Arbeitskraft aufzuheben. Die Gewerkschaften führen den Kampf um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, dass bedeutet aber für die Unternehmer gleichzeitig weniger Profit.

Diese Frage näher zu beleuchten ist eine Aufgabe die wir uns mit dieser Bildungszeitung gestellt haben.

Wir wollen aber auch klären wo die Grenzen für rein gewerkschaftliche Aktivitäten sind und warum ein politischer Kampf für den Sozialismus notwendig ist. Die Rolle, die die Gewerkschaften in diesem Kampf einnehmen wird ebenso versucht zu klären, wie die Aufgaben die SDAJler in den Gewerkschaften haben. Natürlich fehlt auch in dieser Bildungszeitung nicht ein Teil zur Geschichte.

Aber nun zurück zur Ausgangsfrage. Die Gewerkschaften sind nach jahrelanger Sozialpartnerschaft und den Brotkrumen vom Tisch des Kapitals müde gemacht worden. Viele Funktionäre würde lieber nur noch Dienstleistungen für ArbeitInnen anbieten als in einer Kampforganisation zu sein. Das schwächt

natürlich die Kampfbereitschaft und die Basis wird so zurückgehalten. In dieser Situation versuchen die Gegner den Gewerkschaften den Todesstoß zu versetzen.

In Würzburg zerreißen SPD Leute Gewerkschaftsflugis und der Bundeskanzler

geht auf klaren Konfrontationskurs: „Ihr werdet es nicht schaffen, wenn ihr glaubt, dass alles so bleibt, wie es ist.“ Dem kann man eigentlich nur beipflichten! Es geht für uns auch darum der Medienhetze gegen die Gewerkschaften ideologisch entgegenzuwirken. Denn wenn sich die Gewerkschaften nicht von der Umklammerung durch die SPD lösen und zum Kampfinstrument der Arbeiterklasse werden, hat Schröder recht. Nur wenn Deutschlands Größter Bremser die Kampfansage des Kapitals aufnimmt und sich auf die kämpferischen Traditionen besinnt kann sich in diesem Land etwas zum besseren Verändern und die Gewerkschaft gestärkt werden. Auch dazu will diese Bildungszeitung ihren Beitrag leisten.



Klassenanalyse und gewerkschaftlicher Kampf

Die ersten Gewerkschaften bildeten sich Anfang des 19. Jahrhunderts vor allem aus Streikkoalitionen und Arbeiterbildungsvereinen zunächst in England heraus. Die Arbeiter hatten gelernt, dass man sich für einen erfolgreichen Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen nicht nur in einem Betrieb sondern im ganzen Gewerbe und der ganzen Gesellschaft zusammenschließen muss. Die englischen Herrschenden sahen sich nach Arbeiterunruhen gezwungen den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter zu erlauben. In Deutschland bildeten sich die ersten Gewerkschaften kurz vor und während der versuchten Revolution von 1848 / 49 heraus. Bis 1892 bildete sich dann im harten Kampf und in Niederlagen ein gemeinsamer Zusammenschluß der Gewerkschaften heraus. Im kommunistischen Manifest beschreiben Marx und Engels die Herausbildung der Gewerkschaften wie folgt.

„Im Anfang kämpfen die einzelnen Arbeiter, dann die Arbeiter einer Fabrik, dann die Arbeiter eines Arbeitszweiges an einem Ort gegen den einzelnen Bourgeois, der sie direkt ausbeutet.(...) Auf dieser Stufe bilden die Arbeiter eine über das ganze Land zerstreute und durch die Konkurrenz zersplitterte Masse.(...) Aber mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat; es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst, und es fühlt sie mehr.(...) Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeois zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohns. Sie stiften selbst dauernde Assoziationen, um sich für die gelegentlichen Empörungen zu verproviantieren. Stellenweis bricht der Kampf in Emeuten aus. Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter.“ (MEAW Bd. 1, S. 424f)

Der Zusammenschluß der Arbeiter in Gewerkschaften erfolgt also nicht auf Grund irgendwelcher Ideen sondern ergibt sich direkt aus der objektiven Interessenlage der Arbeiter im Kapitalismus. Gewerkschaften sind eine Folge des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit, Organisationen, in denen sich die Arbeiterklasse zum Schutz ihrer Interessen gegen die Kapitalistenklasse zusammenschließt. Um die Rolle der Gewerkschaften zu klären, müssen wir uns also zu erst mit der Frage nach den Klassen und ihren objektiven Interessen auseinandersetzen.

Was sind Klassen?

Lenin hat eine umfangreiche Klassendefinition gegeben die wir an dieser Stelle etwas genauer behandeln wollen. Zu finden ist sie in der Schrift „Die große Initiative“ (LAW Bd.5, S.164f). Zu Beginn muss man festhalten, dass es dabei um eine Abstraktion, eine Verallgemeinerung geht, die nur ganz grobe Überbegriffe herausstellt. Es ist von daher nur möglich mit dieser Definition eine Gruppe von Menschen zu beschreiben. Gerade an den „Rändern“ der Definition ist eine Einordnung von Einzelnen kaum möglich. Dies gilt übrigens auch für die folgenden Abschnitte.

„Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion,..."

Lenin geht in seiner Definition davon aus, dass die Stellung der Menschen zueinander grundsätzlich von der jeweiligen

Gebrauchsanweisung

1. Diese Bildungszeitung hat im Gegensatz zu anderen Zeitungen einen entscheidenden Nachteil: es reicht nicht aus, sie einfach nur zu lesen. Die Bildungszeitung hat nur dann einen Nutzen, wenn ihr sie lest und dann gemeinsam Fragen formuliert. Und damit nicht genug. Die Bildungszeitung erfüllt erst dann ihren Zweck, wenn ihr eure Fragen und Antworten auf die heutige Zeit bezieht und in den Gruppen diskutiert über die Aktualität des Themas, über den Einfluß der marxistischen Klassenanalyse auf euer Leben.

2. Die Bildungszeitung ist in drei Artikel unterteilt. In dieser Reihenfolge sollt ihr Bildungsabende vorbereiten. Als Alternative besteht die Möglichkeit ein Wochenende zu diesen Themen zu gestalten, vielleicht mit weiterer Literatur und Anderem. Dazu hat die Bildungs AG ein Konzept entwickelt, dass ihr im Büro in Essen oder über eure BuVo Mitglieder bekommen könnt.

3. Am Ende jedes Artikels sind Fragen formuliert, die Euch in der Diskussion nützlich sein können. Es ist sinnvoll, sie gemeinsam durchzusprechen. Sie sind aber hoffentlich nicht eure einzigen Fragen oder Streitpunkte.

4. Es hat sich bei der Durchführung der bisherigen Bildungszeitungen als nützlich erwiesen, daß sich ein oder zwei GenossInnen auf den jeweiligen Bildungsabend vorbereiten. Sie sollten das jeweilige Kapitel schon kennen und sich auch schon mit den Fragen beschäftigt haben. Eventuell bringen sie schon weitere Fragen mit oder auch interessante Stellen aus anderer Literatur, die ihr in der Literaturliste findet.

5. Es ist für die Gestaltung des Bildungsabends durchaus sinnvoll, weiteres Material oder andere GenossInnen hinzuzuziehen. Es bietet sich an GenossInnen der DKP um Unterstützung zu bitten. Ihr könnt natürlich auch eure Bildungs AG fragen.

Art und Weise, wie in einer Gesellschaft produziert wird abhängt. In der Produktion gehen die Menschen zwangsläufig Verhältnisse zueinander ein, die Produktionsverhältnisse. Diese sind beständig kleineren oder größeren Veränderungen unterworfen, die sich aus dem jeweiligen Stand der Maschinen, Werkzeuge, Technik, Wissensstand der Menschen, eben den Produktivkräften, ableitet. Diese Verhältnisse der Menschen in der Produktion werden von drei Unterscheidungsmerkmalen bestimmt.

„... (nach ihrem größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln,..."

Das Hauptkriterium zur Unterscheidung der Klassen ist also der Besitz oder eben Nichtbesitz von Produktionsmitteln, sprich den Fabriken, Maschinen, Rohstoffen, etc. Es kommt nicht darauf an ob ein Mensch in eine Fabrik geht um zu arbeiten und dabei einen Blauemann trägt, sondern wem die Fabrik gehört. Gehört dem Menschen nur eine Bohrmaschine, so hat er keinen Anspruch auf die gesellschaftlich entscheidenden Produktionsmittel, die vor allem in Fabriken zusammengefaßt sind. Diese Menschen werden im Kapitalismus zur Arbeiterklasse oder dem Proletariat, zur nichtbesitzenden Klasse gezählt. Im Gegensatz dazu stehen die Kapitalisten oder Bourgeois, als Klasse der Produktionsmittelbesitzer.

„... nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit..."

Wer nun aber die Produktionsmittel besitzt, kann auf dieser Grundlage auch entscheiden, was damit passieren soll. Die

Kapitalisten bestimmen was in dieser Gesellschaft produziert und vor allem wie es produziert wird. Dies nach dem Profitprinzip: es wird produziert womit sich Gewinn machen läßt. Dazu setzten die Kapitalisten auf den verschiedenen Ebenen Beauftragte ein, die nach ihrem Willen die Produktion organisieren und leiten. Je höher jemand auf den Stufen der Karriereleiter aufgestiegen ist, desto mehr Befehle erteilt er. Die modernen Manager von heute besitzen meist keine Produktionsmittel, leiten und organisieren aber den gesamten Ablauf der Fabrik. Von daher müssen sie zur Bourgeoisie gezählt werden und nicht zu den Arbeitern, die die Befehle ausführen müssen.

„... und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen.“

Je nachdem an welcher Stelle der Befehlskette man also steht ist auch das Einkommen unterschiedlich. Während Arbeiter und Angestellte Lohn und Gehalt von zugeteilt bekommen, können die Manager in den Aufsichtsräten über ihr Einkommen selbst bestimmen. Dabei sind sie meist sehr großzügig im Unterschied zu den Tarifverhandlungen, wo es immer darum geht möglichst keine Lohnsteigerungen zuzulassen.

Klassen und Ausbeutung sind damit zwei Seiten einer Medaille. Mit den Klassen muss die Ausbeutung verschwinden und mit dem Ende der Ausbeutung verschwinden die Klassen.

„Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.“

Marxistische Klassenanalyse

Im Kapitalismus existieren, unabhängig davon ob sich die Menschen dessen bewusst sind, zwei Hauptklassen, nämlich Arbeiter- und Kapitalistenklasse. Dazwischen existieren Mittelschichten, auf die weiter unten eingegangen wird. Von der bürgerlichen Wissenschaft wird die Klassentheorie allerdings abgelehnt oder nur für die Periode der Industrialisierung als zutreffend bezeichnet. Wer sich mit der aktuellen Sozialwissenschaft beschäftigt wird mit verschiedensten Theorien von Individualisierung, Werten, Schichten, etc. bombardiert, die sich alle mehr oder weniger mit aktuellen Erscheinungen beschäftigen. Die letztendliche Ursache ihrer Theorien vermag aber keine dieser sogenannten Wissenschaften zu klären.

Mit der marxistischen Klassenanalyse haben wir als erstes die grundlegenden Ursachen für die unterschiedliche Lage der Menschen aus den ökonomischen Bedingungen erklärt, wir haben das Wesen der Unterschiede entdeckt. Mit diesem Wissen können wir jetzt die konkreten Erscheinungen, in die sich dieses Wesen ausdifferenziert, erklären. Diese müssen ebenfalls in ökonomischen Kategorien gefunden werden. Ansonsten verlaufen wir uns in Kategorien wie Bildung oder Werten und verlieren uns in den oberflächlichen, aber vielfältigen Erscheinungsformen der Gesellschaft. Damit verlieren wir dann auch unsere politische Perspektive, die klassenlose Gesellschaft.

Industrieproletariat

Zum Industrieproletariat werden diejenigen Schichten der Arbeiterklasse gezählt, die in den sogenannten Großbetrieben der materiellen Produktion arbeiten. Sie sind direkt mit der Schaffung von Werten beschäftigt, d.h. sie produzieren den Reichtum dieser Gesellschaft. Davon wird ihnen allerdings

nur ein sehr kleiner Anteil gegeben. Sie sind der Teil, der objektiv, d.h. es muss den einzelnen nicht immer bewusst sein, die größte Einsicht in die kapitalistischen Verhältnisse hat. Daraus ergibt sich wiederum objektiv das größte und ehrlichste Interesse an einer Umgestaltung der Gesellschaft.

„Die Kraft des Proletariats (Hier ist das Industrieproletariat gemeint) ist in jedem beliebigen kapitalistischen Land unvergleichlich größer als der Anteil der Proletarier an der Gesamtbevölkerung. Das kommt daher, daß das Proletariat Zentrum und Lebensnerv des gesamten kapitalistischen Wirtschaftssystems beherrscht, ferner daher, daß es ökonomisch und politisch die wahren Interessen der überwiegenden Mehrheit der Werktätigen unter dem Kapitalismus zum Ausdruck bringt.

Daher ist das Proletariat, selbst wenn es eine Minderheit der Bevölkerung bildet, (oder wenn der klassenbewußte und wirklich revolutionäre Vortrupp des Proletariats eine Minderheit der Bevölkerung darstellt,) in der Lage, sowohl die Bourgeoisie zu stürzen als auch hinterher zahlreiche Verbündete aus jener Masse der Halbproletarier und Kleinbürger zu gewinnen, die sich nie und nimmer im Voraus für die Herrschaft des Proletariats aussprechen, die Voraussetzungen und Aufgaben dieser Herrschaft nicht verstehen und sich erst später aus eigener Erfahrung von der Unerläßlichkeit, der Richtigkeit und Gesetzmäßigkeit der proletarischen Diktatur überzeugen.“ (LAW Bd. 5, S. 377)



Diesem Bereich nachgeordnet sind die mittleren und kleineren Betriebe der materiellen Produktion, die aus den oben genannten Gründen natürlich an Wichtigkeit für die gesamte kapitalistische Produktion abnehmen, weil dort weniger produziert wird. Ihre Relevanz im Klassenkampf sinkt auch durch die geringere Zahl an Beschäftigten, die organisiert kämpfen können. Arbeitet man mit dem Chef allein im Betrieb erscheint die gewerkschaftliche natürlich vollkommen überflüssig.

Hier muss z.B. auch das Baugewerbe und Handwerk eingeordnet werden. Zum einen wegen der geringeren Beschäftigungszahl an einem Ort, zum Anderen wegen der nach Betriebsgröße sinkenden Relevanz für die Produktion.

Gerade in Streiksituationen treten die Interessen der Arbeiter und die ihnen entgegengesetzten der Kapitalisten offen zu Tage. Deshalb ist allen diesen Bereichen der, zwar ideologisch verwischte, aber ins Auge springende Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit gemeinsam.

Der „Dienstleistungssektor“

Neben der direkten Produktion von Waren und Werten, gibt es einen zweiten großen Bereich, der von bürgerlichen Ideologen immer gern als Dienstleistungssektor bezeichnet wird. Darunter fallen alle Bereiche die mehr oder weniger mit

der Zirkulation, dem Kreislauf von Waren und Geld und der Verwandlung von Waren in Geld und umgekehrt, zu tun haben. Daneben zählen dazu Einrichtungen zur Reproduktion der Arbeitskraft, z.B. das Gesundheitswesen. Der Begriff Dienstleistung ist für uns also äußerst unbrauchbar und wir müssen eigene Kriterien aufstellen.

Für die im Bereich der Zirkulation Beschäftigten muss in einen produktiven und einen unproduktiven Sektor unterschieden werden, was allerdings nichts mit guter oder schlechter Arbeitsleistung zu tun hat.

Der produktive Sektor

Zum produktiven Sektor gehören, diejenigen Bereiche der Produktion, die notwendig sind um Waren herzustellen, die aber nicht direkt in der Fabrik erledigt werden. Hierzu zählt vor allem der Transport z.B. von Rohstoffen. Das diese Unterscheidung wichtig ist, wird an einem einfachen Beispiel deutlich. Mitte der 90er Jahre kam es in Frankreich zu einem längerem Streik der LKW Fahrer. Dabei wurden die Grenzübergänge blockiert. Dadurch kam es in Deutschland z.B. bei VW zu Produktionsengpässen, da erforderliche Teile, die aus Spanien geliefert wurden, nicht durchkamen. Dies hat zum Nachgeben der Kapitalisten beigetragen.

Allerdings haben die Transportarbeiter einen entscheidenden Nachteil. Ihre Arbeit findet meist in nur kleinen Betrieben statt oder sie sind als LKW Fahrer ganz allein. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist hier stark verdeckt und es gibt eine Reihe von problematischen Beschäftigungsverhältnissen, wie z.B. Scheinselbständigkeit und Leiharbeit, was die Kampfkraft schwächt.

Der unproduktive Sektor

Der erste große Teil des unproduktiven Sektors ist der Bereich des Handels. Auch hier werden die Arbeiter und Angestellten ausgebeutet, sie schaffen aber im Gegensatz zu den oben genannten Bereichen keinen Mehrwert. Dies scheint auf den ersten Blick ein Widerspruch zu sein, er ist bei genauerem hinsehen sehr einfach zu lösen. Im Handel werden die Waren in Geld verwandelt. Die sogenannten Handelskapitalisten werden durch die Ausbeutung ihrer Arbeiter in die Lage versetzt, von den Industriekapitalisten einen Teil des Mehrwerts, den das Industrieproletariat geschaffen hat, abzugeben. Die Fertipizzahersteller gibt den Aldi Brüdern also einen Teil seines Mehrwerts ab, damit die Fertipizza in Geldscheine verwandelt wird.

Für die dort Beschäftigten folgt daraus objektiv eine sehr schlechte Lage. Sie sind nicht an der kapitalistischen Produktion beteiligt und haben von daher auch sehr wenig Druckmittel in der Hand. Hinzu kommen schlechte Arbeitsverhältnisse, wie geringer Lohn, Arbeitszeiten etc. und viele kleine Kräfte in diesem Bereich der ein geschlossenes und damit machtvolleres Auftreten der Arbeiterklasse in diesem Bereich stark behindert.

Der zweite Teil des unproduktiven Sektors der Zirkulation, das Bankwesen, ist vollkommen losgelöst von der materiellen

Produktion. Das wirkt sich zum Einen auf die Druckempfindlichkeit hier aus, zum Anderen wirkt es sich erheblich auf das Bewußtsein der hier Beschäftigten aus. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit verschwindet hier vollkommen hinter dem Schleier des Geldfetischismus. Die Kampfbedingungen sind hier also denkbar schlecht.

Es gilt einen letzten Bereich genauer unter die Lupe zu nehmen. Den Bereich der Reproduktion des Kapitalismus. Da wäre zum Einen der Bereich der Verwaltung. Hier ist der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit vollkommen verwischt, weil die Angestellten bei staatlichen Institutionen arbeiten und dort eben Kapitalismus im weitesten Sinne verwalten. Im Gesundheitswesen oder der Müllabfuhr tritt der Widerspruch hingegen deutlicher auf und die Kampfbedingungen sind besser. Allerdings sind sie diese Bereiche vor allem für die Masse der Bevölkerung wichtig sind. Damit sind Streiks in diesem Bereich sehr anfällig für Propaganda der Kapitalisten, wie etwa: der Streik richtet sich gegen die Bevölkerung.

Die denkbar schlechtesten Bedingungen haben die Arbeitslosen. Sie sind aus der Produktion und Verteilung vollkom-

men ausgeschlossen und haben damit keine Möglichkeit Druck auszuüben. Hinzu kommt das sie eigentlich nicht zu organisieren sind, weil sie, außer vielleicht im Arbeitsamt, keine gemeinsame Anlaufstelle haben. Da sie auf Grund ihrer Lage sehr leicht, z.B. als Streikbrecher missbraucht werden können, ist es wichtig sie für den gewerkschaftlichen Kampf zu gewinnen.

Die Mittelschichten

Die Mittelschichten stellen zusammen keine einheitliche Klasse dar. Zu ihnen gehören kleine Unternehmer, die nicht als Kapitalisten betrachtet werden können (kleine Handwerker, Kaufleute usw.), die Mehrzahl

der Bauern, die höheren Angestellten und Beamten, die mittlere Leitungs- und Kommandofunktionen ausüben, sowie die Angehörigen der Intelligenz, die über eine Spezialistenbildung verfügen. Ihnen allen ist gemeinsam, dass ihre wesentliche Existenzgrundlage die eigene Arbeit ist. Grundlage dieser Arbeit ist aber – und das trennt sie von der Arbeiterklasse – entweder Kleinbesitz an Produktionsmitteln oder besondere Aufgaben in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit. Letzteres gilt besonders für die höheren Angestellten- und Beamtengruppen und die Intelligenz, also die Absolventen von Hochschulen mit entsprechenden Berufen (Lehrer, Ingenieure, Ärzte, Softwareentwickler, u.a.). Die Mittelschichten haben keine gemeinsame Interessenlagen auf Grund ihrer ökonomischen Situation. Sie sind im Kapitalismus ständigen Angriffen auf ihre Stellung ausgesetzt, was in der Tendenz dazu führt, dass die Mittelschichten immer wieder in die Arbeiterklasse zurückfallen. Es gibt allerdings immer auch wieder den Aufstieg von Teilen der Arbeiterklasse in die Mittelschichten. Sie schwenken deshalb politisch zwischen fortschrittlich und reaktionär hin und her, je nach Lage des Klassenkampfes, Stärke oder Schwäche der Arbeiterbewegung.

1. Klasse – 2. Klasse

Die einen kommen erster Klasse zur Welt

die anderen kommen zweiter Klasse zur Welt

die einen werden gebildet

die anderen werden ausgebildet

die einen stellen danach was dar

die anderen stellen danach was her

den einen stehen alle Türen offen

den anderen stehen alle Fabrikttore offen

die einen verdienen

die anderen dienen.

Floh de Cologne

Der gewerkschaftliche Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

Wir sind nun an dem Punkt angelangt wo wir uns wieder mit der Ausgangsfrage der Rolle von Gewerkschaften beschäftigen können. Wir haben gesehen wie sich aus der objektiven Interessenlage der Arbeiterklasse die Aufgabe ergibt, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen um der Kapitalistenklasse gemeinsam entgegenzutreten. Wir haben auch gesehen, dass die Arbeiter in den Großbetrieben die besten Möglichkeiten für den Kampf um Lohn, Arbeitsbedingungen und in Perspektive auch für den Sozialismus haben. Zur Rolle der Gewerkschaften und ihres Kampfes aber auch der Beschränktheit dieses Kampfes geben wir dem Genossen Marx das Wort:

„Diese wenigen Andeutungen werden genügen, um zu zeigen, daß die ganze Entwicklung der modernen Industrie die Waagschale immer mehr zugunsten des Kapitalisten und gegen den Arbeiter neigen muß und daß es folglich die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion ist, den durchschnittlichen Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken oder den Wert der Arbeit mehr oder weniger bis zu seiner Minimalgrenze zu drücken. Da nun die Tendenz der

Dinge in diesem System solcher Natur ist, besagt das etwa, daß die Arbeiterklasse auf ihren Widerstand gegen die Gewalttaten des Kapitals verzichten und ihre Versuche aufgeben soll, die gelegentlichen Chancen zur vorübergehenden Besserung ihrer Lage auf die bestmögliche Weise auszunutzen? Täte sie das, sie würde degradiert werden zu einer

unterschiedslosen Masse ruiniertes armer Teufel, denen keine Erlösung mehr hilft. Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß ihre Kämpfe um den Lohnstandard von dem ganzen Lohnsystem unzertrennliche Begleiterscheinungen sind, daß in 99 Fällen von 100 ihre Anstrengungen, den Arbeitslohn zu heben, bloß Anstrengungen zur Behauptung des gegebenen Werts der Arbeit sind und daß die Notwendigkeit, mit dem Kapitalisten um ihren Preis zu markten, der Bedingung inhärent ist, sich selbst als Ware feilbieten zu müssen. Würden sie in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen.

Gleichzeitig, und ganz unabhängig von der allgemeinen Fron, die das Lohnsystem einschließt, sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; daß sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert; daß sie Palliativmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren. Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden

Gewalttaten des Kapitals oder aus den Marktschwankungen unaufhörlich hervorgeht. Sie sollte begreifen, daß das gegenwärtige System bei all dem Elend, das es über sie verhängt, zugleich schwanger geht mit den materiellen Bedingungen und den gesellschaftlichen Formen, die für eine ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sind. Statt des konservativen Mottos: »Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!«, sollte sie auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: »Nieder mit dem Lohnsystem!« (MEAW, Bd. 3, S. 123ff)

Gewerkschaften kämpfen also hauptsächlich gegen die Angriffe des Kapitals. Aber gerade in diesen Kämpfen wird der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit überdeutlich und macht auf seine Lösung aufmerksam. Deshalb nennt Lenin die Gewerkschaften auch die besten Schulen des Klassenkampfes. Die Kommunisten in den Gewerkschaften haben also die Aufgabe für die Interessenlage der Arbeiterklasse zu kämpfen, in dem sie für Verbesserungen der momentanen Lage der Klasse eintreten und sich aktiv am Kampf der Gewerkschaften beteiligen. Dabei zeigen sie den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit auf und drängen auf dessen Auflösung, also auf die Überwindung des Kapitalismus.



Allerdings bleibt der gewerkschaftliche Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse nicht auf Lohn und Arbeitsbedingungen begrenzt. Es gibt in diesem Kampffeld auch schon viele Formen, die von einem reinen ökonomischen Kampf in einen politischen Umschlagen etwa die Frage nach der Arbeitszeit oder sozialen Rechten.

Aber auch der Kampf um Frieden und demokratische Rechte muss von den Gewerkschaften geführt werden, wenn sie die Interessen ihrer Klasse vertreten wollen. Darüber hinaus kommt die Gewerkschaft nicht am ideologischen Klassenkampf vorbei und muss ihrer Mitglieder schulen um die gegenwärtige Verteidigungshaltung nicht noch weiter aufgeben zu müssen. Auch hier wirken die KommunistInnen in ihren Gewerkschaften und zeigen den Widerspruch auf und drängen auf seine Lösung.

Die Gewerkschaften bleiben die größte Klassenorganisation und haben die Macht nicht nur kleine Veränderungen und Abwehrkämpfe zu erreichen, sondern können gemeinsam mit der Partei der Arbeiterklasse den Kapitalismus stürzen.

Und zum Schluß noch einmal ein paar Hinweise des Genossen Lenin zur Arbeit in den Gewerkschaften:

„Doch den Kampf gegen die „Arbeiteraristokratie“ führen wir im Namen der Arbeitermassen und um sie für uns zu gewinnen; den Kampf gegen die opportunistischen Führer führen wir, um die Arbeiterklasse für uns zu gewinnen. Diese höchst elementare und ganz augenfällige Wahrheit zu vergessen wäre eine Dummheit. Und gerade diese Dummheit begehen die „linken“ deutschen Kommunisten, die aus der Tatsache, daß die Spitzen der Gewerkschaften reaktionär und

konterrevolutionär sind, den Schluß ziehen, daß man ... aus den Gewerkschaften austreten!!, die Arbeit in den Gewerkschaften ablehnen!!, und neue, ausgeklügelte Formen von Arbeiterorganisationen schaffen müsse!! Das ist eine so

unverzeihliche Dummheit, daß sie dem größten Dienst gleichkommt, den Kommunisten der Bourgeoisie erweisen können.“ (LAW, Bd. 5, S. 502)

Fragen:

1. „Die einzelnen werden aus Klassen- und Schichtgemeinschaften herausgelöst und `freigesetzt`. Steigender Wohlstand, zunehmende Freizeit, vermehrte Mobilität und das höhere Bildungsniveau lockern materielle, zeitliche, örtliche und informationelle Bindungen und erweitern die Handlungsspielräume der einzelnen.“ (Hradil, Soziale Ungleichheit) Ist es überhaupt heute noch sinnvoll, sich auf die marxistische Klassenanalyse zu stützen?
2. Im Leitantrag vom letzten Bundeskongress haben wir beschlossen uns auf Großbetriebe der materiellen Produktion zu orientieren. Ist es nicht besser auf Menschen zu orientieren, die mehr vom Kapitalismus betroffen sind, z.B. Arbeitslose? Macht eine Orientierung auf Gewerkschaften überhaupt noch Sinn? Muss man nicht mehr auf politische Bewegungen wie die Antiglobalisierungsbewegung orientieren?
3. Diskutiert die Aussage von Marx, dass die Klasse an sich zur „Klasse für sich selbst“ werden muss.

Systematische, beharrliche und hartnäckig-geduldige Arbeit – there is no alternative!

Spätestens die Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 offenbarte, was linken Gewerkschaftern und Sozialisten schon vorher klar sein mußte: Die deutschen Gewerkschaften lassen sich entgegen der Definition der Bolschewiki von 1913 zu diesem Zeitpunkt nicht „Hand in Hand mit der politischen Partei des Proletariats“ für den „gesamten Befreiungskampf der Arbeiterklasse für die Vernichtung der Lohnklaverei und die Errichtung des Sozialismus“ gewinnen. Im Gegenteil: Der Reformismus in SPD und Gewerkschaften führte zur Unterstützung des Kurses der monarchistischen Regierung auf militärische und damit wirtschaftliche Expansion und politische Vorherrschaft in Europa. Die Politik des streikfreien Burgfriedens und der Durchhaltenmanöver unterstrich den Willen der Gewerkschaftsleitungen, sich mit den Unternehmern wie den politisch Verantwortlichen zu arrangieren – koste es an Menschenleben, was es wolle.

Kein/e Sozialist/in durfte also blauäugig hoffen, daß die gleichen Kräfte bei einem verlorenen Krieg ihre Ansichten grundsätzlich ändern und in der Politik prinzipiell umsteuern würden. Dennoch hatte die Novemberrevolution 1918 die Verhältnisse der wilhelminischen Monarchie nicht konserviert, sondern tatsächlich verändert. Ein Zeitzeuge hob damals hervor, die „Umwälzung des 9. November“ habe „der Sozialdemokratie alle Macht und alle Gewalt in die Hände gelegt. Das alte System war hinweggefegt, keine seiner sichtbaren äußeren Formen mehr vorhanden. Alle Welt beugte sich vor der Revolution, und sogar rechtsstehende Blätter beteuerten, auf dem Boden der neuen Tatsachen zu stehen.“ Da zu dieser Zeit „die Belegschaften sehr revolutionär waren und die Betriebsdisziplin sehr im argen lag, war es durchaus im Interesse der Werksleitungen, alle Arbeitsbedingungen mit den maßvoller auftretenden Gewerkschaften zu vereinbaren und möglichst wenig der Betriebsvereinbarung zur Regelung zu überlassen“, wie sich der Syndikus eines Stahlkonzerns noch 1925 erinnerte, waren die Gewerkschaften in der Lage, frühere „Träume“ der Arbeiter zu verwirklichen.

Mit dem Abkommen zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der Unternhmervereinigungen mit den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden vom 15. November 1918 anerkannten die politisch stark geschwächten Unternehmer die Gewerkschaften als offizielle Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten, akzeptierten die Regelung der Arbeitsbedingungen durch kollektive Tarifverträge, duldeten

die Wahl von Betriebsräten und ertrugen die generelle Festlegung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden. Und die Reichsregierung verordnete wenige Wochen später, daß Tarifverträge durch Vereinbarungen mit einzelnen Beschäftigten nicht in einzelnen Teilen wieder aufgehoben, wohl aber allgemein verbindlich erklärt werden können, wenn sie eine gewisse Bedeutung für einen Gewerbebezirk besitzen.

Trotz dieser Zugeständnisse trat die „Gewerkschaftsbewegung in den Hintergrund des Bewußtseins der Arbeiterklasse. Der Glaube, die Stunde der Umwälzung der Wirtschaftsordnung, des Sieges des Sozialismus sei gekommen, ließ die Gewerkschaften, die Instrumente zur Abwehr gegen kapitalistische Willkür und profitlüsterne Ausbeutung, überflüssig erscheinen. Auf der Bühne revolutionären Geschehens erschienen die Arbeiterräte“, und diese beherrschten für einen relativ kurzen geschichtlichen Augenblick sowohl die politische Öffentlichkeit als auch die Gedanken der arbeitenden Menschen. Die Reformisten in den Gewerkschaften widersetzten sich der Doppelherrschaft von Arbeiterräten und sozialdemokratischer Regierung und „kanalisiert“ diese außerparlamentarische Bewegung durch Betriebsrätegesetz und -kongresse und allerlei juristische wie politische Kniffe in ihr eigenes Fahrwasser.

Als Vehikel der Abwehr alles tatsächlich oder vermeintlich Revolutionären entwickelten sie einen militanten Antikommunismus. Bereits wenige Tage nach deren Parteigründung diffamierten sie die Kommunisten, diese stünden „im Solde der russischen Sowjetrepublik“, die Stärke des „mit russischem Gelde gekauften deutschen Bolschewismus“ liege „in der Straße, die ihm jederzeit ein radaulustiges Publikum“ liefere, was verstärkt werde „durch lichtscheues Gesindel, das in jeder Großstadt zu finden ist und das in Berlin besonders durch desertierte Soldaten und befreite Verbrecher ausgefüllt ist“. Deshalb vertrat sich der „gewerkschaftliche Spartakismus, der auf anarcho-syndikalistischen Grundsätzen fußt“, genauso wenig „mit den Gewerkschaften wie Tod und Leben. Eines oder das andere. Für beides ist nicht Raum in unserer Arbeiterbewegung.“

Die radikale Linke – Kommunisten, revolutionäre unabhängige Sozialisten und Arbeiterräte – verarbeiteten ihre Niederlage bei der Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse häufig auf nicht untypische Weise: Sie beherzigten nicht konsequent die ihnen bekannte Forderung W. I. Lenins, „systematisch, beharrlich, hartnäckig-geduldig gerade in den Institutionen, Vereinen, Verbänden zu propagieren und zu agitieren, wo proletarische oder

halbproletarische Massen sind, auch wenn diese Organisationen die allerreaktionärsten sind“. Das politische Dilemma von grundsätzlicher Gegnerschaft zu den auch weiterhin reformistisch geleiteten und agierenden Gewerkschaften einerseits und der Einsicht in die Notwendigkeit der Arbeit in und mit ihnen andererseits prägte eine wechselhafte, widersprüchliche Gewerkschaftspolitik der Kommunisten: Mal orientierten sie auf eigenständige

ArbeiterUnionen, dann in erster Linie auf einen „Kampf gegen die Sozialdemokratie“ innerhalb der reformistischen Gewerkschaften, „um dieses letzte Werkzeug der Knechtung der Arbeiter den Händen der Agenten des Kapitals zu entreißen“ ; mal

favorisierte die KPD „die Bildung kommunistischer Fraktionen in den Gewerkschaften“, dann verlagerte sie das Engagement in die Betriebe, ohne die Gewerkschaften einbeziehen zu wollen und propagierte „die selbständige Auslösung und Durchführung von Streiks“.

Aus der Erwartung, daß sich die sozialen und politischen Kräfte in Deutschland schnell polarisierten, versuchte sich die KPD auch in der Gewerkschaftsfrage mit einer Offensivkonzeption zu profilieren. Diese Strategie des Vormarsches, die jede Kooperation mit den Führungen der ADGB-Gewerkschaften, durch die Verbreitung der Sozialfaschismusthese Ende der 20er Jahre aber auch mit den reformistischen Gewerkschaftern auf betrieblicher Ebene faktisch ausschloß, mündete in organisatorisch neue, früher von der KPD grundsätzlich abgelehnte „apart zu gründende revolutionäre Gewerkschaften“. 1930 wurde die von der KPD initiierte und geleitete Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) in einen Mitgliederverband umgewandelt, der auch sogenannte „Rote Einheitsverbände“ umfaßte.

Von einer Bewegung, die für sich in Anspruch nimmt, „theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus“ zu haben, wäre eigentlich zu erwarten gewesen, daß sie „nüchterner“ an die Arbeit in und mit den Gewerkschaften geht. Sie hätte mit abnehmender revolutionärer Aktivität der Massen eine reale Chance in einer Politik sehen müssen, welche auf die Entwicklung eines möglichst breiten und tiefen Widerstandes der Gewerkschaften gegen die allseitige Offensive des Kapitals setzt. Auf der Basis realistischer und realisierbarer Ziele wäre der „Kampf um die Köpfe“ nicht außerhalb und nicht von außen, sondern in den gewerkschaftlichen Organisationen und Gremien wie in den Betrieben zu führen gewesen, um die reformistische Politik der angeblichen „Gestaltung“ des Kapitalismus zu überwinden, systematisch eine organisierte Gegenmacht aufzubauen und schließlich zum Angriff auf das kapitalistische System übergehen zu können.

Denn gerade die 20er Jahre, das heißt nach der Entwicklung des Kapitalismus von der freien Konkurrenz zur mono-



polistischen Konzentration, boten den Reformisten objektiv nicht mehr die Möglichkeit, die kampfbereiten und -willigen Beschäftigten in Wirtschaftskrisen durch moderate Tarifforderungen in disziplinierter Wartestellung zu halten und auf eine bald wiederkehrende Hochkonjunktur zu vertrösten. Bei einem wachsenden Sockel an Erwerbslosen konnten die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten mit reinen Lohnkämpfen nicht verteidigt, geschweige denn verbessert werden. In Zeiten kapitalistischer Krisen hätte sich die Linke in den Gewerkschaften, also an der Seite der Belegschaften für eine schrittweise und gezielte Überleitung ökonomischer in politische Massenkämpfe einsetzen müssen.

Eine solche nicht schon systemüberwindende Orientierung wäre eine echte Alternative zur Stillhaltepolitik der Gewerkschaftsleitungen gegenüber den Forderungen der Unternehmer und Politik der Regierungen zur Verlängerung der Arbeitszeit, Aufhebung der Unabdingbarkeit von Tarifverträgen, Einschränkung der Rechte von Betriebsräten, Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung bis zur Senkung der Löhne durch Notverordnungen gewesen. Doch die Hoffnung auf einen revolutionären „Sprung nach vorn“ ließ bei den Kommunisten offenbar die Illusion reifen, die organisierten Massen könnten in Zeiten der Wirtschaftskrise – insbesondere in den Jahren 1929 bis 1932 – von ihren Gewerkschaften getrennt und für die RGO gewonnen werden. Allerdings gerade dann „spürten die einfachen Arbeiter am meisten, daß ihre Gewerkschaft, so schlecht sie auch sein“ mochte, immerhin „in der Lage war, sie juristisch zu verteidigen und ihnen eine gewisse materielle Hilfe zu leisten“, weshalb für sie eine Trennung nicht in Frage kam.

Die KPD berücksichtigte diese Stimmung der Massen nicht und scheiterte sowohl mit ihrer Offensivkonzeption als auch



mit der Bildung selbständiger revolutionärer Gewerkschaften. Sie trug damit zur Spaltung der Arbeiterbewegung bei, was eine gemeinsame anti-kapitalistische, und auch anti-faschistische Einheitsfront verhinderte.

Vielmehr nahmen die reformistischen Gewerkschaftsleitungen die Fehler der Kommunisten zum Anlaß,

diese aus ihren Funktionen zu entfernen und sogar ganze Gremien auszuschalten, sobald sie in den Ruf kamen, kommunistisch dominiert zu sein. Gleichzeitig zementierten sie in angeblicher Übereinstimmung mit den Wünschen und dem konkreten Verhalten der Mitgliedschaft einen Kurs der Anpassung an das politisch und ökonomisch „Machbare“ bei gleichzeitig verbalradikaler Rhetorik gegen die kapitalistischen Verhältnisse. Die Anbiederung an die jeweils

Regierenden und Herrschenden gipfelte in der Erklärung des ADGB-Bundesvorstandes zur gemeinsamen Maifeier 1933 mit der faschistischen Reichsregierung: „Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden.“

Trotz der Vorschlags der KPD an SPD und Gewerkschaften für einen gemeinsamen Aufruf zum antifaschistischen Generalstreik räumte erst der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und die Brüsseler Konferenz der KPD 1935 mit den sektiererischen Positionen der Kommunisten in der Gewerkschaftspolitik auf, indem die „Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den politischen Parteien“ anerkannt, „auf die Bildung kommunistischer Fraktionen in den Gewerkschaften zu verzichten“ angeboten und den „zahlenmäßig schwachen roten Gewerkschaften“ empfohlen wurde, „den reformistischen Verbänden beizutreten“. Im gleichen Jahr wurde die RGO offiziell aufgelöst. Diese Umorientierung der Kommunisten schlug sich in den Diskussionen über einen Neuanfang der Gewerkschaften nach einer Niederlage des deutschen Faschismus und Militarismus nieder, wie sie im Exil und in der Illegalität des Widerstandes in Gefängnissen und Konzentrationslagern geführt wurden.

So sprach sich die Delegiertenkonferenz des Parteiaktivs der Kommunistischen Partei am 22. April 1945 in dem von Häftlingen selbst befreiten KZ Buchenwald genauso für die Gründung von antifaschistischen Einheitsgewerkschaften aus wie das Manifest der demokratischen Sozialisten und das Programm des Volksfrontkomitees. Und als Lehren aus der unvollendeten Revolution 1918 und der tiefgreifenden Niederlage 1933 forderte das Buchenwalder Volksfrontkomitee die Entnazifizierung und Entmilitarisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft; die Bildung eines Friedensbündnisses aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Parteilosen zur Verhinderung neuer Kriege; und die Vereinigung der Arbeiterparteien als starkes Bollwerk gegen reaktionäre und restaurative Bestrebungen.

Kalter Krieg, politische und wirtschaftliche Restauration sowie die fortgesetzte Kultivierung des Antikommunismus vereitelten die Verwirklichung dieser Pläne. Denn die Mehrheit des Führungspersonals der DGB-Gewerkschaften bejahte das kapitalistische System, den bürgerlich-parlamentarischen Staat und die vermeintliche „Sozialpartnerschaft“ mit den Unternehmern genauso wie nach 1918. Für kurze Zeit vergaßen die Kommunisten die bitteren Lehren der Isolation in den 20er Jahren und gerieten wieder in altes „Fahrwasser“: In der 37. These des Münchener Parteitag 1951 behauptete die KPD, die „rechten

Gewerkschaftsführer“ versuchten im „Auftrage und im Interesse des amerikanischen Imperialismus und im Einklang mit den deutschen Monopolisten“ die Gewerkschaften „in den Dienst der Kriegsvorbereitungen zu stellen“. Sie beseitigten „im Interesse des monopolistischen Staates die innergewerkschaftliche Demokratie“ und veräußerten „die demokratischen Rechte der Arbeiter in den Betrieben“.

Diese Positionen kosteten – erwartungsgemäß – vielen Kommunisten die gewerkschaftlichen Funktionen, oder sie

wurden – falls sie bereit waren, sich schriftlich von ihrer Partei zu distanzieren – aus der KPD ausgeschlossen. Das schwächte zweifellos nicht nur den betrieblichen und öffentlichen Kampf um ein demokratisches Betriebsverfassungsgesetz mit echter Mitbestimmung, sondern auch die Einflußnahme der Kommunisten auf die Politik der Gewerkschaften. Die Korrektur der falschen Orientierung ließ allerdings nicht allzu lange auf sich warten. Auf dem Hamburger Parteitag 1954 wurde sie faktisch revidiert und die Mitglieder der KPD aufgefordert, „für die Stärkung der Gewerkschaften als Klassenorganisation der Arbeiter“ einzutreten „und mutig die Interessen der Arbeiterklasse“ zu verteidigen. Dadurch war es den Kommunisten auch in der darauf folgenden Illegalität durch das widerrechtliche KPD-Verbot von 1956 bis 1968 möglich, sich in und mit den Gewerkschaften beispielsweise für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

und weiteren sozialen Fortschritt, aber auch gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und die antidemokratischen Notstandsgesetze zu engagieren.

Ihr selbstkritisches Verhältnis zu ihren Fehlern verbesserte auch die Ausgangsbasis für ein aktives und weithin akzeptiertes Eingreifen von Kommunisten Ende der 60er Jahre in die Lehrlingsbewegung, in die zunehmenden wirtschaftlichen Kämpfe wie beispielsweise die Septemberstreiks 1969, in die Diskussion über eine Demokratisierung der Gesellschaft in den 70er Jahren, in die gewerkschaftliche Solidarität mit Befreiungsbewegungen der sogenannten „Dritten Welt“ wie auch beim Aufbau von betrieblichen Friedensinitiativen in den 80er Jahren. Im Interesse ihrer Klasse und solidarisch unterstützten DKP und SDAJ die DGB-Gewerkschaften bei der Bewältigung der strategischen Aufgabe einer nachhaltigen Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden, welche die Beschäftigten nicht nur entlasten, sondern auch neue Arbeitsplätze bringen sollte. Durch breite Kampagnen in den Betrieben wie in der Öffentlichkeit trugen auch sie zur allseitigen Akzeptanz und Mobilisierung für dieses gewerkschaftliche und gesellschaftliche Ziel bei. Erfolge in betrieblichen und sozialen Kämpfen waren und sind also möglich, wenn die Kommunisten in den Gewerkschaften systematisch, beharrlich und hartnäckig-geduldig arbeiten. Auf dieser

Deutscher Gewerkschaftsbund
Britische Zone

Arbeiter, Angestellte und Beamte im Vereinigten Wirtschaftsgebiet

Zur Demonstration des gewerkschaftlichen Willens ruft die Arbeit am Freitag, dem 12. Nov. 1948, von 00 bis 24 Uhr im gesamten Wirtschaftsgebiet der vereinigten Zonen.

Die Gewerkschaften fordern:

1. Die soziale Vertiefung des wirtschaftlichen Notstandes.
2. Zur Überwindung dieses Notstandes sollen folgende außerordentliche Maßnahmen:
 - a) Erhöhung eines Preisoberlimites auf Lebensmittel.
 - b) Einmal eine dem Notstand angepaßte Preis-, Kredit- und Wechsel-Gesetz.
 - c) Erweiterte Maßnahmen und Vorschriften zur Pflanz- und Forstwirtschaft zur wirksamen Bekämpfung von Insekten, Wurmläusen und anderen Schädlingen.
 - d) Erhöhter Absatz von Waren für soziale Zwecke u. Anordnungen in Verbindung mit dem Notstand zu einem besonderen Verfahren.
3. Beschleunigung des Lebensnot-Programms und seine Erweiterung in einem Ausmaß, das dem Verbot des wirtschaftlichen Massennots und weiterer wirtschaftlichen Not entgegensteht.
4. Neuordnung der Sozialstruktur und ökonomische Entschärfung gegen Besessene und deren Mittel.
5. Wirksame Maßnahmen, um beim Lohnkampf die Notwendigkeit sowie die Erfolgswahrscheinlichkeit von Währungs- und Preisfragen zu erkennen und für einen gesunden sozialen Ausgleich zu sorgen.
6. Arbeitsbeschaffung bzw. Wiederbeschaffung der vollen Bildung und Weiterbildung im Einkommensbereich.
7. Planung und Lenkung im gewerblich-industriellen Sektor, insbesondere für Rohstoffe, Energie und Kohle sowie für den Arbeitsmarkt und den Geldmarkt.
8. Überwindung der Gewerkschaften und Einheitsgewerkschaft.
9. Durchbrechung der Wirtschaft und gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.
10. Einführung der §§ 2 und 3 des Gesetzes vom 1. September 1948.

Männer u. Frauen, reißt Euch ein! Es handelt sich um Euer Lebensinteresse!

Frankfurt am Main, den 6. November 1948

Der Gewerkschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes:
Hans Böckler

Grundlage wachsen die Chancen, die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten auch für den Befreiungskampf

der Arbeiterklasse für die Vernichtung der Lohnklaverei und die Errichtung des Sozialismus zu gewinnen.

Fragen:

1. Wie entstand die Einheitsgewerkschaft und was ist ihr Stellenwert für den heutigen gewerkschaftlichen Kampf?
2. Ist es in der heutigen Situation, wo die Gewerkschaften mehr SPD Politik machen als Interessenvertretung für die KollegInnen überhaupt noch sinnvoll Mitglied einer Gewerkschaft zu werden und sich an ihrem Kampf zu beteiligen?
3. Diskutiert parallelen im Kampf der Gewerkschaftsbewegung heute und in der Weimarer Republik. Wie können wir als SDAJ diesen Kampf unterstützen und ihn zu einem Kampf um den Sozialismus auszuweiten?

Gewerkschaftsarbeit aktuell

Keinem politisch Interessierten dürfte die antigewerkschaftliche Kampagne der letzten Monate entgangen sein. Vom Sumpf den es trocken zu legen gelte, über Plage bis hin zu dem Vorwurf mafiöser Beziehungen ausgerechnet zu dieser Regierung war alles an Beschimpfungen und Verleumdungen der Gewerkschaftsbewegung zu hören.

Die Stimmen reichen von Union, FDP, Grünen und Unternehmerverbänden bis in die Reihen der SPD und PDS.

Mit dem gescheiterten Streikampf für die 35 Stunden Woche in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie und

der anschließenden Personaldebatte in der IG Metall fand die Hetzkampagne ihren vorläufigen Höhepunkt. Die gleichzeitig mit der Personalfrage geführte Strategie-debatte, angesichts von Schröders „Agenda 2010“, fand und findet in den Massenblättern des Großkapitals leider weniger Beachtung. Damit entspricht der bürgerliche Medienapparat eindeutig seinem Klassenauftrag. Denn der Konflikt zwischen den „Traditionalisten“ und

„Modernisieren“ in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung besitzt nach wie vor eine gewaltige Sprengkraft.

Die antigewerkschaftliche Kampagne fiel nicht vom Himmel. Diese Kampagne wurde Anfang 2003 in Gang gesetzt. Das war die Zeit, in der einerseits in etlichen Branchen der BRD Tarifverhandlungen ausstanden und vor allem war es die Zeit um die Agenda – Rede des Bundeskanzlers.

So bildet auch der umfassendste Angriff auf elementare Rechte der Arbeiterklasse, den die BRD gesehen hat, die Basis und den Ausgangspunkt zur öffentlichen Diskreditierung der Gewerkschaften.

Genau so bildet aber diese Kampagne wiederum den Hintergrund für das Vorgehen der rechten „Modernisierer“ im DGB. Einen wesentlichen Teil ihrer „Argumente“ entlehnen diese „Kollegen“ schließlich direkt der bürgerlichen Propaganda.

Agenda 2010

Die am 14. März von Kanzler Schröder verlesene „Agenda 2010“ stellt ein umfassendes Konzept zum Abbau grundlegender Errungenschaften der Arbeiterbewegung dar. So wird die paritätische (50/50) Finanzierung wichtiger Sozialversicherungen (Rente, Gesundheit) in Frage gestellt.

Außerdem geht es um plumpen Abbau von Leistungen in allen Bereichen der so genannten öffentlichen Daseinsvorsorge (also Rente, Gesundheit, Pflege- und Arbeitslosenversicherung). Die Propaganda des Gegners spricht dabei von den zu hohen Lohnkosten im Allgemeinen und den zu hohen „Lohnnebenkosten“ im Besonderen. Lohnnebenkosten sind in Wirklichkeit aber nur der Teil des Lohnes, der nicht an den Einzelnen, sondern kollektiv an die Klasse gezahlt wird. Für die Beiträge erhalten die Beschäftigten Versicherungsschutz gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, etc und ihre Rente. Die Richtung ist die, dass die Versicherungen ausschließlich vom Beschäftigten getragen

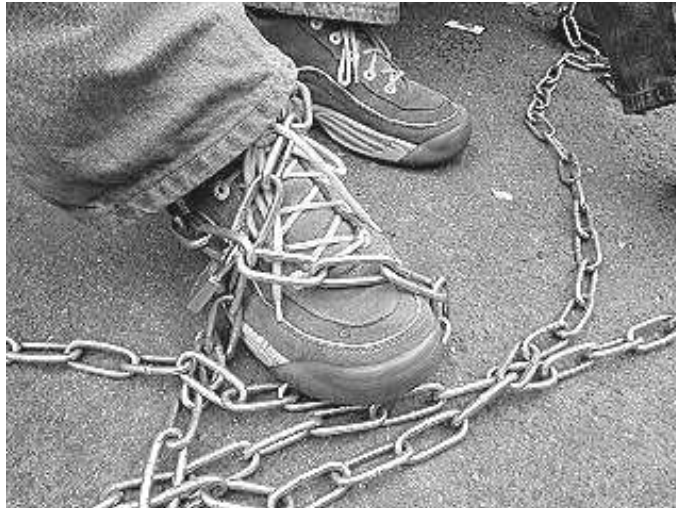
werden. Damit sparen die Unternehmer ihre 50% und die private Versicherungswirtschaft kommt groß ins Geschäft. Übrigens gibt es für die Kapitalisten gar keine Lohnnebenkosten. Alles: der Nettolohn, die Steuern, sowie der Arbeitnehmer und Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung erscheinen in ihrer Buchführung als Lohnkosten! Und wenn durch Leistungseinsparungen bei den Versicherungen Kürzung der Beiträge erzielt werden, dann muß ein Beschäftigter

sich für das Risiko allein versichern! Siehe das berühmte Beispiel: Zahnersatz.

Mit den gleichen Floskeln von „Modernität“ und „Flexibilität“ wird einem weiteren Aufweichen von Flächentarifen und dem sogenannten Normalarbeitsverhältnis das Wort geredet.

Man sollte sich daran erinnern, dass die Sozialversicherungen in den 1880ern von Bismarck eingeführt wurden. Dies geschah mit dem Ziel der illegalen, revolutionären Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen und dem bürgerlich-junkerlichen Staate „Menschenmaterial“ für geplante Kriege zur Verfügung zu stellen. Das zweite Ziel ist damals erreicht worden das erste konnte mit dem weiteren erstarken der SPD und dem Fall des Sozialistengesetzes zunächst abgewendet werden.

Heute, wo wir Augenzeugen einer umfassenden Offensive des Monopolkapitals sind, liegen die Dinge anders: Wir tun gut daran gerade heute in den Flächentarifen den Schutzmechanismus zu sehen, der eine noch zügellosere Konkurrenz innerhalb der Klasse verhindert. Nur so kann der ohnehin schon rasante Fall der materiellen Stellung der Arbeiter und Angestellten aufgehalten oder zumindest verzögert werden.



Arbeitslosigkeit und Konkurrenz

Womit wir bei der Konkurrenz wären. Materiell ist der größte Katalysator der Konkurrenz die Massenarbeitslosigkeit. Der Beschäftigte Teil der Arbeiterklasse wird tagtäglich mit dem Druck der arbeitslosen Konkurrenz niedergehalten. Die wahre Ursache der anhaltend hohen, bzw. wachsenden Massenarbeitslosigkeit liegt in der rasanten Entwicklung der Technik in den letzten 20 Jahren begründet. Die Produktivitätsschübe, die vor allem von der „mikro – elektronischen Revolution“ ausgehen werden nicht durch wachsende Nachfrage und/oder Arbeitszeitverkürzung ausgeglichen. So kommt es, dass von Krise zu Krise der Sockel an Dauerarbeitslosen ohne jede Lebensperspektive wächst. Besonders in Krisenzeiten erhebt sich dann noch mal das Heer einer industriellen Reservearmee. Dieser Armee bedient sich das Kapital nach Bedarf um eben über die Konkurrenz der Arbeitskraftverkäufer Arbeitsbedingungen und Löhne zu drücken. Sind also, wie wir gesehen haben Lohnsteigerung und effektive Arbeitszeitverkürzung die einzigen wirklichen Gegenmittel gegen dieses Symptom des modernen Monopolkapitalismus, so schlachtet die Bourgeoisie die Arbeitslosigkeit politisch – ideologisch ganz anders aus.

Einerseits wird davon gesprochen, dass es mehr Wachstum, also eine höhere Kapitalakkumulation geben müsse. Dagegen ist einzuwenden, dass der Teil der Gewinne, welcher in der Produktion investiert wird wegen mangelnder Nachfrage relativ sinkt. Während der Teil, der spekulativ angelegt wird tendenziell wächst. Auch ist zu fragen, wie in der Produktion investiert wird. So geht mit Erweiterungs - und Ersatzinvestitionen häufig Rationalisierung einher.

Andererseits wird davon gesprochen, dass Arbeit in Deutschland zu teuer wäre. Man bedient sich dabei der Tatsache, dass niedrige Lohnkosten durchaus ein Motiv für Kapitalexpert darstellt. Zunächst und vor allem ist dabei die einfache Frage zu stellen, wie weit man sich auf eine Konkurrenz mit den Ärmsten der Armen Europas und der Welt einlassen will und kann. Was wäre die Folge wenn z.B. die deutsche und die englische Arbeiterklasse ohne Abstriche einen direkten Vergleich eingehen würden wer die billigere ist? Eine Abwärtsspirale ohne absehbares Ende wäre die Folge! Außerdem kommt noch hinzu, dass die Lohnstückkosten, dass heißt die Lohnkosten pro produzierter Einheit in Deutschland aufgrund der hohen Produktivität sehr gering sind. Etliche Faktoren werden bei dieser Argumentation der Kapitalisten überhaupt nicht erwähnt: so zum Beispiel die Argumente Marktnähe und Infrastruktur, die für eine Kapitalanlage interessant sind. Wäre dem nicht so, dann müsste die Sahel Zone und nicht Deutschland eines der industrialisiertesten Gebiete der Welt sein. Wenn Unternehmensvertreter über hohe Arbeitslosigkeit klagen dann kann das nur ein Propagandatrick sein. Sie haben ein direktes Interesse an einem Überangebot an der Ware, die sie nachfragen: der Arbeitskraft!



Noch vor der Hetze gegen Arbeitslose findet der, in erster Linie, materielle Spaltkeil Arbeitslosigkeit seine ideologische Ergänzung in Nationalismus und Rassismus. Dies wird auch deutlich an der Standortdebatte, in die sich etliche rechte Gewerkschaftsführer nicht entblödet haben einzureihen.

Zu „Traditionalisten“ und „Modernisierern“

Die unterschiedliche Stellung der beiden oben angesprochenen Flügel in der Gewerkschaftsbewegung wird deutlich an der jeweiligen Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis zur Schröderschen und allgemeinen Abbaupolitik des Kapitals und damit verbunden zu den gemeinsamen Grundzielen der Arbeiterbewegung, die von dem Sozialdemokratischen Flügel zu Beginn der BRD noch nicht entsorgt wurden.

Zur näheren Erläuterung sei erwähnt, dass die unterschiedlichen Haltungen sich heute durch die gesamte Gewerkschaftsbewegung, besonders aber deren Funktionärsapparat ziehen. Dabei gilt es zu beachten dass es Überschneidungen gibt und schwere Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Flügel der „Traditionalisten“ und „Modernisierer“ selbst bestehen. So reicht das Spektrum der Traditionalisten zum Beispiel von „klassischen“ Sozialdemokraten a la Lafontaine, über linke Sozialdemokraten und christliche Kollegen über Sozialisten bis hin zu den Kommunisten. Natürlich tauchen auch in den Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaften linkssektiererische Haltungen immer wieder auf.

Die „klassischen“ Sozialdemokraten hegen heute die Illusion, dass in der BRD eine Wirtschafts- und Sozialpolitik betrieben werden könnte wie in den 50er bis zum Teil in die 80er Jahre hinein. Zu einer solchen Politik fehlen allerdings zwei grundsätzliche Voraussetzungen, die in der Vergangenheit das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Arbeiterklasse beeinflussten. Das war zum einen die so genannte Vollbeschäftigung, die bis Mitte der 70er Jahre in Westeuropa und der BRD herrschte und noch vielmehr die Ausstrahlungskraft des sozialistischen Lagers, besonders der sozialistischen DDR. Diese wurde nicht umsonst von den Kapitalisten der BRD als „dritter, unsichtbarer, Verhandlungspartner bei den Tarifrunden“ bezeichnet.

Im Lager der Traditionalisten besteht weitgehende Einigkeit in der Ablehnung der Schröderschen Abbaupolitik und darin, das Verhältnis der Gewerkschaften zur Regierung SPD demzufolge zu lockern. Aber die besagten Illusionen und die weitgehende Isolierung eines großen Teils des Funktionärskörpers der Gewerkschaften von den Massen der Arbeiter führen zu einer Unterschätzung der Bedeutung und der Möglichkeit der Mobilisierung der Arbeiter und kleinen Angestellten für deren eigene Sache.

Das kann auch nicht anders sein. Denn die Masse, der in der Gewerkschaft Aktiven, rekrutiert sich aus Betriebsräten und eben hauptamtlichen Funktionären. Es ist keine Legende,

dass, je höher man in den Gewerkschaften kommt, proportional zum Einkommen, die Beziehungen zur jeweiligen SPD Ebene immer enger werden. Diese Arbeiteraristokratie und Bürokratie ist bestrebt ihre privilegierte Stellung einerseits gegen die Arbeiter, andererseits aber auch gegen die Kapitalisten, zu verteidigen. Sie sind, um ihre Stellung halten zu können u.a. auch immer darauf bedacht den Rückhalt in der Klasse nicht zu verlieren. Dadurch sind sie leicht unter Druck zu setzen. Und auch sie sind Gefahren ausgesetzt. Denn durch ihre Politik fürs Kapital diskreditieren sie sich mehr und mehr und werden so fürs Kapital wertloser und wertloser. So ist auch der Angriff auf die Gewerkschaften zu erklären, der auch ein Angriff auf die Stellung dieser Leute ist. Aktuell gibt es in dieser Truppe „Modernisierer“, die weiter der Regierungs- SPD die bedingungslose Treue halten wollen und die, wie kleine Kinder, die geschlagen wurden, beim Kapital ihre Unschuld beteuern. Andere sehen bessere Möglichkeiten ihre Stellung durch ein kämpferischeres Auftreten und ein Lösen von Schröder zu verbessern. In gewissem Grade sind die zweiten diejenigen, mit denen man in Richtung Gegenwehr mobilisieren kann.

SDAJ und Gewerkschaften

Was uns von allen anderen gewerkschaftlichen Strömungen unterscheidet ist also nicht nur und gar nicht mal so sehr die Radikalität unserer Forderungen. Einerseits ist uns daran gelegen die KollegInnen selbst in Aktion zu bringen, dass schließt natürlich deren Einbeziehung in die Diskussion mit ein. Ausgehend von der Aktivität um Betriebliche und wirtschaftliche Belange, wollen wir aber auch politisches Bewusstsein entwickeln. Ausgehend von der gemeinsamen Lage der, den verheerenden Folgen der Konkurrenz innerhalb der Klasse und wie der Gegner dies ausnutzt muß die Einheitlichkeit des Klasseninteresses aller Arbeiter und kleinen Angestellten aufgezeigt werden. Daraus entwickeln wir die Notwendigkeit einheitlichen und geschlossenen Handelns gegen den gemeinsamen Gegner. Gerade hier ist die beste Propaganda allerdings die Tat. Überall da, wo ein solches Auftreten ernsthafte Wirkung zeigt, oder sogar erfolgreich ist, wirken unsere Argumente um ein vielfaches. Hier, und dass ist heute meistens auf betrieblicher oder Branchenebene, werden positive Beispiele gesetzt, die illustrieren und überzeugen. Unsere Aufgabe ist es die Themen, die die KollegInnen beschäftigen und ihre eigenen Probleme und Aktionen, wie Streiks bei Tarifrunden, in Zusammenhang zu stellen mit der „großen“ Politik. Euch werden vielleicht einige Beispiele bekannt sein, wie der Lehrstellenmangel mit dem Umbau der Bundeswehr in eine Berufs- und Interventionsarmee zusammenhängt. Lehrreich ist allemal das Verhalten bürgerlicher Medien und Politiker bei Tarifauseinandersetzungen oder betrieblichen Konflikten. Die grundsätzliche Krise dieses Gesellschaftssystems, die von den KollegInnen anhand der Verschlechterung ihrer eigenen Lage erlebt wird führt zunächst zu Resignation. Nur die eigene Aktivität kann neues Selbstvertrauen erzeugen. Dieses kann sich aber nur als ein Selbstvertrauen der Klasse herstellen. Im Kapitalismus sind aber alle erkämpften Rechte und Standards immer wieder bedroht. Jede Bestrebung, die Lage von Teilen der Klasse, oder sogar der ganzen Klasse zu verbessern, stößt unmittelbar auf Widerstand von Seiten des Kapitals. Hier finden wir auch einen Ansatz um die Frage des Sozialismus als neue Gesellschaftsform zu popularisieren.

Unsere betriebliche Orientierung

Im Leitantrag des 16. BuKos steht zu unserer betrieblichen Orientierung:

„Auszubildende und Jungarbeiter in oben genannten Betrieben haben für uns eine besondere Bedeutung, wegen ihrer räumlichen Konzentration, in Betrieben über 500 Arbeitern und Arbeiterinnen. Sie erfahren kollektiv, unmittelbar und umfassend den Widerspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit.

Sie haben weil sie im Herzen der Produktion wirken noch am ehesten die Möglichkeit den Gegner unter Druck zu setzen und ihm etwas abzutrotzen. Die Betriebe in denen sie beschäftigt sind, sind in der Regel selber Monopolbetriebe oder als Zulieferer von den Monopolen direkt abhängig.

Sie besitzen unter der Arbeiterjugend den höchsten Organisationsgrad.

Sie haben noch die meisten und umfassendsten Klassenkampf Erfahrungen im Verhältnis zu allen andern Abteilungen der Arbeiterjugend.“

Zu dem „Warum?“ formulierten wir auch noch das „Wie?“:

„Das bedeutet, daß die Hauptarbeit eines Genossen, einer Genossin oder einer Gruppe auf den Betrieb ausgerichtet ist. Priorität hat die Entwicklung der betrieblichen Auseinandersetzungen.

Die Arbeit muss auf das Verankern der Gruppe, bzw. des/der GenosseInnen in und durch diese Auseinandersetzungen bei den KollegInnen im Betrieb ausgerichtet sein.

Die Entwicklung einer Bündnispolitik in allen Fragen mit den dazu bereiten und fähigen fortschrittlichen Kräften im Betrieb ist hierbei ein zentraler Bestandteil.

Das Entfalten einer allgemeinen, aktiven Gewerkschaftsarbeit im Betrieb muss von der SDAJ mit vorangetrieben werden.

Um an den gesammelten betrieblichen Erfahrungen der KollegInnen anknüpfen zu können braucht man eine Ausrichtung der betrieblichen, gewerkschaftlichen, politischen und sozialistischen Agitation auf den Betrieb, mündlich und mit unserer Presse. Damit soll eine Verbreitung unserer Inhalte in der Arbeiterjugend, im Betrieb optimal gewährleistet werden.“ Und weiter:

„Eine entscheidende Rolle spielt die organisatorische und personelle Stärkung unserer Organisation im Betrieb.

Diese Aufgabe ist nicht zu trennen von der Stärkung der Gewerkschaft im Betrieb, und dem Aufsuchen und Finden von Möglichkeiten dem Stand an Klassenbewußtsein und der Kampfbereitschaft zwischen der Masse der KollegInnen und der SDAJ eine inhaltliche, politische und organisatorische Form zu geben. Diese muss unter aktiven Mitarbeit der SDAJ-Gruppe zu einer Art Verbindungsorgan und Stufenleiter zwischen uns und der Masse der KollegInnen werden. Ein allgemein gefasstes Kernziel unserer betrieblichen Orientierung ist die möglichst hohe und breite Einbeziehung der KollegInnen in alle ökonomischen und politischen Klassenkämpfe auf allen territorialen Ebenen auf der Grundlage fortschrittlicher Inhalte und unter Propagierung und Orientierung auf unsere revolutionäre Zielstellung.“



Fragen:

1. Wie wirkt sich die Arbeitslosigkeit auf die Arbeit der Gewerkschaften aus?
2. Den arbeitenden Menschen in Deutschland geht es doch im Vergleich zu anderen Ländern sehr gut. Sie sind deshalb auch zu „satt“ um zu kämpfen. Sollte man nicht besser abwarten bis es den Menschen schlechter geht und erst nach Agenda und Co. Anfangen zu kämpfen?
3. Diskutiert den letzten Abschnitt mit Hilfe eines aktuellen Kommentars zu den Gewerkschaften aus eurer Tageszeitung. Welcher Argumente werden darin gegen die Gewerkschaften genannt und wie kann man dem entgegenreten?

Kleines Lexikon der Gewerkschaftsarbeit

Zu finden unter www.dgb-jugend.de

Ausbildungsfremde Tätigkeiten

Ausbildungsfremde Tätigkeiten sind Arbeiten, die nicht dem Ausbildungszweck dienen. Sie sind nach dem Berufsbildungsgesetz verboten (§ 6 Abs. 2). Auch unnötige Wiederholungen bereits gelernter Fähigkeiten dienen nicht dem Ausbildungszweck. Einige Beispiele: regelmäßiges Putzen der gesamten Werkstätten oder Büros, sich ständig wiederholende Tätigkeiten, ständige Botengänge und Ablagearbeiten, Arbeiten, die nichts mit der Ausbildung zu tun haben (wie Auto waschen, Rasen mähen)

Ausbildungsrahmenplan

Für jeden anerkannten Ausbildungsberuf gibt es einen gesetzlich vorgeschriebenen Ausbildungsrahmenplan. Er beinhaltet eine zeitliche und inhaltliche Gliederung der Berufsausbildung, das heißt im Ausbildungsrahmenplan steht genau drin, was du wann lernen sollst. Hier findest du eine Übersicht über alle Ausbildungsrahmenpläne: www.bibb.de

Aussperrung

Wenn die Arbeitnehmer einen Streik durchführen, können die Arbeitgeber mit einer Aussperrung reagieren. Mit der Aussperrung verbietet der Unternehmer den Beschäftigten, den Betrieb zu betreten und zu arbeiten. Für die Arbeitnehmer gibt es dadurch auch kein Geld mehr. In diesem Fall erhalten ausgesperrte Gewerkschaftsmitglieder Geld von ihrer Gewerkschaft. Bei Nichtmitgliedern ist dies nicht der Fall.

Berufsbildungsgesetz (BBiG)

Das Berufsbildungsgesetz ist die Bibel für Azubis. Dort sind die wesentlichen rechtlichen Bedingungen der Berufsausbildung geregelt. Viele Inhalte dieses Gesetzes findest du in diesem Ausbildungsberater, zum Beispiel Arbeitsmittel,

Ausbilder, Ausbildungsvertrag, Kündigung usw.

Betriebsrat

Der Betriebsrat verhandelt mit dem Arbeitgeber über Fragen wie die Lage Arbeitszeit (auch zum Beispiel Gleitzeit), über Arbeitsbedingungen oder den Verlauf der Ausbildung. Die Ergebnisse werden in den Betriebsvereinbarungen festgelegt. Bei bestimmten Maßnahmen wie Kündigung oder Neueinstellung hat der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht. In jedem Betrieb, in dem mehr als fünf Leute über 18 Jahre arbeiten, ist ein Betriebsrat zu wählen. So sieht es jedenfalls das Betriebsverfassungsgesetz vor. Leider gibt es aber in vielen Betrieben keinen Betriebsrat. Einige Betriebe verhindern bewusst die Bildung eines Betriebsrates und einer Jugend- und Auszubildendenvertretung. Das Betriebsverfassungsgesetz schreibt vor, welche Rechte und Aufgaben die Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie der Betriebsrat haben.

Duale Ausbildung

Die Zusammenarbeit von Berufsschule und betrieblicher Ausbildung nennt man "duale Ausbildung". Die Berufsschule soll dabei die betriebliche Ausbildung ergänzen.

JAV

Die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) vertritt deine Interessen in Betrieb und Büro. Eine JAV gibt es nur, wenn es auch einen Betriebsrat gibt. Sie wird alle zwei Jahre von Jugendlichen unter 18 Jahren und Auszubildenden bis zum vollendeten 25. Lebensjahr neu gewählt. Sie kontrolliert unter anderem die Einhaltung von Gesetzen, Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen zum Beispiel zu Urlaub, Ausbildungsvergütungen und Arbeitsbedingungen. Sie erarbeitet zusammen mit Betriebsrat und Gewerkschaften Vorschläge zur Verbesserung der Ausbildung. Infos zur JAV: www.jav.de

Jugendarbeitsschutzgesetz

Das Jugendarbeitsschutzgesetz schützt Jugendliche unter 18 Jahren vor unangemessenen Belastungen am Arbeitsplatz. Leider unterlaufen einige Betriebe die Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes

und spannen auch Jugendliche voll in die Arbeit mit ein.

Personalrat

Im öffentlichen Dienst und in anderen Bereichen gibt es statt dem Betriebsrat einen Personalrat. Aufgaben und Wahl sind sehr ähnlich.

Streik

Der Streik ist das stärkste Mittel der Gewerkschaften, gute Tarifverträge zu erstreiten. Die Arbeitnehmer legen die Arbeit so lange nieder, bis die Unternehmenseite akzeptable Angebote macht. Gewerkschaftsmitglieder erhalten für diese Zeit Streikunterstützung.

Tarifvertrag

Ein Tarifvertrag wird zwischen den Tarifvertragsparteien, also den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften abgeschlossen. Ist ein Unternehmen nicht Mitglied im Arbeitgeberverband, kann die Gewerkschaft mit dem Unternehmen einen so genannten Haustarifvertrag aushandeln. Ein Tarifvertrag regelt zum Beispiel die Höhe der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen und die Dauer des Urlaubs. Auch vermögenswirksame Leistungen, Weihnachtsgeld, Mehrarbeitszuschläge, und Spätarbeitszulage gibt es nur, wenn ein Tarifvertrag vorhanden ist. Nur als Mitglied deiner Gewerkschaft hast du einen Rechtsanspruch auf die tariflichen Leistungen. Je mehr Mitglieder die Gewerkschaften haben, desto stärker ist ihre Verhandlungsposition und um so besser ist auch das Ergebnis. In einigen Branchen werden Tarifverträge als allgemeingültig erklärt, das heißt sie werden einfach zum allgemeinen Gesetz gemacht. Sie gelten dann ausnahmslos für alle Arbeitnehmer und Azubis einer Branche.

Übernahme

Übernahme bedeutet, dass dein Ausbildungsbetrieb dich nach deiner Ausbildung weiterbeschäftigt. Die Ausbildung ist ein befristetes Beschäftigungsverhältnis. Daher besteht kein Anspruch auf eine Weiterbeschäftigung, wenn dein Ausbildungsverhältnis durch die bestandene Abschlussprüfung oder durch das Ende des Ausbildungsvertrages endet.

Ich will...

- ...mehr Infos über die SDAJ
- ...Das Zukunftspapier der SDAJ
- ...Die Position-Magazin der SDAJ
- ...Kontakt zur nächsten Gruppe

Name:

Anschrift:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail:

Ankreuzen, Ausschneiden, Schicken an:

SDAJ – Bundesvorstand
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
0201 / 230633
info@sdaj-online.de
www.sdaj-online.de

Literatur zum Weiterlesen

- Karl Marx: „Lohnarbeit und Kapital“ und „Lohn, Preis, Profit“
- Lenin: zur Klassendefinition: „Die große Initiative“
Zu Gewerkschaften „Was tun?“ und „Der linke Radikalismus“
- SDAJ Bundesvorstand: „Grundwissen für junge Sozialisten“
- Marxistische Blätter 3-2003 zu Gewerkschaften, 4-2003 zur Klassenanalyse

Die Angaben im ersten Text beziehen sich auf die ausgewählten Werke in 6 Bänden von Marx und Engels (MEAW) und Lenin (LAW).

Die Belege für den zweiten Text von Horst Gobrecht gibt es bei Bedarf bei eurer Bildungs AG. Den Leitantrag des 16. Bundeskongress gibt es über das Büro der SDAJ. Adresse siehe nebenan.